

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ingrid Pahler (F.D.P.)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Gezielter Drogenhandel vor Aussiedler- und Asylantenunterkünften

Die Kleine Anfrage 198 vom 16. August 1996 hat folgenden Wortlaut:

Presseberichten zufolge wird aufgrund von Überproduktionen auf dem „Drogenmarkt“ derzeit besonders reines und billiges Heroin angeboten. Insbesondere in osteuropäischen Ländern hat sich der Drogenanbau vervielfacht. Wegen dieses Überangebotes werden verstärkt neue Kunden gesucht, insbesondere im Kreis von Aussiedlern und Asylbewerbern. Dabei werden von den Drogendealern gezielt Jugendliche vor ehemaligen rheinland-pfälzischen Kasernen, die jetzt als Aussiedler- und Asylbewerberunterkünfte genutzt werden, angesprochen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Aktivitäten von Drogendealern im Umfeld von rheinland-pfälzischen Aussiedler- und Asylbewerberunterkünften?
2. Werden gezielte Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für die jugendlichen Aussiedler und Asylbewerber durchgeführt? Wenn ja, welche?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat – im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen – die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 4. September 1996 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß derzeit wegen einer angeblichen Überproduktion auf dem illegalen Drogenmarkt besonders reines und billiges Heroin an Kunden, insbesondere aus dem Kreis von Aussiedlern und Asylbewerbern angeboten wird.

Für den Zeitraum 1995 bis Ende August 1996 sind insgesamt nur 22 Rauschgiftdelikte mit Tatort „Asylbewerberunterkunft“ in der rheinland-pfälzischen Falldatei „Rauschgift“ registriert worden. In 16 Fällen wurde mit illegalen Drogen – überwiegend mit Heroin und Cannabisprodukten – gehandelt. Sechs Straftaten ergaben sich aus dem Besitz und Erwerb von Drogen. Als Tatverdächtige wurden neun deutsche und 18 nichtdeutsche Personen registriert.

Zu Frage 2:

Suchtprävention gehört zu den grundsätzlichen Aufgaben der 47 aus Landesmitteln geförderten Sucht- und Drogenberatungsstellen in Rheinland-Pfalz. Zur regionalen Schwerpunktsetzung wurde das Fachkräfteprogramm Suchtprävention mit 16 Stellen in Anbindung an diese Beratungsstellen umgesetzt. Einen wesentlichen Beitrag leisten auch die in 30 Kommunen tätigen regionalen Arbeitskreise Prävention, in denen suchtpreventive Maßnahmen initiiert und mit allen vor Ort beteiligten Institutionen koordiniert umgesetzt werden. Die Maßnahmen der Arbeitskreise werden über das Büro für Suchtprävention bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung mit bis zu 5 000,- DM aus Landesmitteln gefördert. Die Entwicklung von geeigneten Projekten, die sich an der Lebenswelt der jugendlichen Aussiedlerinnen/Aussiedler und Asylbewerberinnen/Asylbewerber orientieren, ist über die Zusammenarbeit der sozialen Dienste der Aussiedler- und Asylbewerberwohnheime mit den örtlichen Sucht- und Drogenberatungsstellen bzw. den Regionalen Arbeitskreisen Prävention möglich.

b. w.

Im Rahmen der Jugendarbeit (§ 2 Jugendförderungsgesetz Rheinland-Pfalz – JuFöG RP –) und der Jugendsozialarbeit (§ 3 JuFöG RP) werden verschiedene Maßnahmen mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt, die grundsätzlich auch Aufklärungs- und Präventivfunktion haben, da sie u. a. durch individuelle Beratung zur sozialen Integration beitragen.

Das Land fördert aus Mitteln des Landesjugendplanes Jugendberatungsstellen, die in erster Linie mit Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiten, in Andernach, Bad Ems, Eisenberg und Pirmasens. Integrationsprojekte der Jugendarbeit fördert das Land in Adenau, Germersheim, Simmern und Sohren.

Darüber hinaus wird zur Zeit die Einleitung weiterer Maßnahmen (Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Durchgangwohnheime sowie der Beratungsstellen, Entwicklung von Projekten in Schwerpunktregionen etc.) geprüft. Die Thematik soll auch im Kreis der Drogenbeauftragten der Länder und des Bundes eingebracht werden. Allerdings wurde in den Gesprächen auf der Fachebene deutlich, daß die Suchtproblematik – mit dem Schwerpunkt auf dem Mißbrauch legaler Suchtmittel – nur eine Facette der Gesamtproblematik (Sprachprobleme, Integrationsbereitschaft, kulturelle Differenzen usw.) jugendlicher Aussiedlerinnen/Aussiedler darstellt.

Walter Zuber
Staatsminister